

An die / den  
Bezirkshauptmannschaft \_\_\_\_\_  
Bürgermeister der Landeshauptstadt Innsbruck

# ANTRAG

auf Zuerkennung einer Vergütung gemäß §32 Epidemiegesetz

Name:			
Firma:			
	(Bezeichnung laut Firmenbuch)		
Adresse:			
Email.:		Tel-Nr.:	
UID Nummer:		Bank:	
IBAN:		BIC:	

## Ich beantrage als

<b>DIENSTGEBER<sup>1)</sup>,</b>
mir die geleisteten Entgeltzahlungen gemäß § 32 Abs. 3 Epidemiegesetz 1950 zu ersetzen.
Ich habe für meinen Dienstnehmer / meine Dienstnehmer <sup>2)</sup>

## der / die

<b>auf Grund des Bescheides</b> der Bezirkshauptmannschaft / des Bürgermeisters der Landeshauptstadt _____ vom _____, Zl. _____,
<b>auf Grund der Verordnung</b> der Bezirkshauptmannschaft / des Bürgermeisters der Landeshauptstadt _____ <sup>3)</sup> in der Zeit vom _____ bis einschließlich _____ an der Dienstverrichtung als _____ verhindert war / waren, das zustehende Entgelt ausbezahlt. Das ausbezahlte Bruttogehalt nach dem Entgeltfortzahlungsgesetz (inkl. Lohnsteuer und Dienstnehmer- Beiträge zur Sozialversicherung) betrug für diesen Zeitraum EUR _____. Auf diesen Zeitraum entfallen an Dienstgeber-Beiträgen zur Sozialversicherung EUR _____ (Erforderliche <u>Beilagen</u> zum Beleg der Angaben siehe unten [1])
Der / die Dienstnehmer hatte / hatten für diesen Zeitraum Anspruch auf Weiterzahlung des Gehaltes auf- grund anderer Vorschriften (z.B. Entgeltfortzahlungsgesetz, § 8 Abs. 1 AngG) oder gesonderter Vereinba- rung (z.B. Kollektivvertrag, Dienstvertrag)?
<b>Ja</b> , in Höhe von EUR _____, aufgrund _____
<b>Nein</b>

## Ich beantrage als

**SELBSTSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE PERSON / UNTERNEHMUNG,**

die Gewährung einer Entschädigung für Verdienstentgang gemäß § 32 des Epidemiegesetzes 1950.

### Ich war

#### auf Grund des Bescheides

der Bezirkshauptmannschaft / des Bürgermeisters der Landeshauptstadt \_\_\_\_\_  
vom \_\_\_\_\_, Zl. \_\_\_\_\_,

#### auf Grund der Verordnung

der Bezirkshauptmannschaft / des Bürgermeisters der Landeshauptstadt \_\_\_\_\_<sup>3)</sup>  
in der Zeit vom \_\_\_\_\_ bis einschließlich \_\_\_\_\_  
an der Ausübung meiner Erwerbstätigkeit als \_\_\_\_\_ verhindert.

Im Vergütungszeitraum hätte ich (bemessen nach dem vergleichbaren fortgeschriebenen wirtschaftlichen Einkommen) für diese Erwerbstätigkeit erwartungsgemäß ein Einkommen in Höhe von EUR \_\_\_\_\_ erzielt.

Tatsächlich hat mein Einkommen aus der Erwerbstätigkeit in diesem Zeitraum lediglich EUR \_\_\_\_\_ betragen.

(Erforderliche Beilagen zum Beleg der Angaben siehe unten [2]).

Ich / mein Unternehmen erhielt für diesen Zeitraum wegen der Erwerbsbehinderung bzw. der dadurch bewirkten Einkommensverluste finanzielle Unterstützung nach sonstigen Vorschriften (sonstige Unterstützungen auf Grund der Covid-19 Pandemie) oder finanzielle Leistung aufgrund von Vereinbarungen (z.B. Versicherungsleistungen).<sup>4</sup>

**Ja**, in Höhe von EUR \_\_\_\_\_, aufgrund \_\_\_\_\_

**Nein**

Ich / mein Unternehmen habe / hat eine solche finanzielle Unterstützung / eine solche finanzielle Leistung für den angesprochenen Zeitraum beantragt / geltend gemacht.<sup>4</sup>

**Ja**, und zwar bei \_\_\_\_\_

**Nein**

Ich / mein Unternehmen habe / hat einen noch nicht geltend gemachten Anspruch auf finanzielle Leistung aufgrund von Vereinbarungen.

**Ja**, und zwar gegenüber \_\_\_\_\_

**Nein**

Ich bestätige die Vollständigkeit und Richtigkeit meiner Angaben.

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift/Firmenmäßige Zeichnung: \_\_\_\_\_

## HINWEISE:

- Soweit in diesem Dokument personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise.
- Gemäß Datenschutzgrundverordnung (Externer Link [DSGVO](#)) werden Sie darüber informiert, dass Ihre Daten ab Einlangen des Antrags bei der bewilligenden Stelle verarbeitet werden. Weiterführende Informationen hierzu finden Sie unter: [Allgemeine Datenschutzerklärung des Landes Tirol](#)

## ERFORDERLICHE BEILAGEN:

### [1] Dienstgeber:

- o Bescheid über die Anordnung und ggf. Aufhebung der behördlichen Maßnahme
- o Gehaltszettel des Dienstnehmers der letzten beiden Monate vor der behördlichen Anordnung
- o Nachweis über die Entgeltzahlung für den Geltungszeitraum der behördlichen Anordnung (wenn keine gesonderte Auszahlung, Monatslohnzettel)
- o Nachweis über die für den Geltungszeitraum der behördlichen Anordnung bezahlten Dienstgeberanteile

### [2] Selbstständig erwerbstätige Person/Unternehmung:

- o Bestätigung eines Steuerberaters über das Bruttoeinkommen der letzten beiden Monate vor dem Monat der behördlichen Verfügung sowie des Monats der behördlichen Verfügung (monatsweise Angabe)
- o Bei stark schwankenden Einkommen zudem Bestätigung eines Steuerberaters über den Durchschnitt des Bruttoeinkommens der letzten zwölf Monate vor dem Monat der behördlichen Verfügung sowie des Monats der behördlichen Verfügung (monatsweise Angabe)<sup>5)</sup>

---

## ANMERKUNGEN:

- <sup>1)</sup> Hinweis betreffend Absonderungsbescheide: Für die Entscheidung über die Vergütung des Verdienstentganges betreffend Dienstnehmer aufgrund von Absonderungsbescheiden ist jene Bezirksverwaltungsbehörde zuständig, die den Absonderungsbescheid für den Dienstnehmer erlassen hat. Mit anderen Worten: Sind in Ihrem Unternehmen Dienstnehmer aus unterschiedlichen Bezirken tätig, so muss die Vergütung des Verdienstentganges betreffend den jeweiligen Dienstnehmer bei jener Bezirksverwaltungsbehörde geltend gemacht werden, die den Absonderungsbescheid für den Dienstnehmer erlassen hat.
- <sup>2)</sup> Anzugeben sind Name, Geburtsdatum und Wohnanschrift des Dienstnehmers. Im Falle von mehreren Dienstnehmern wären diese Angaben für jeden Dienstnehmer in beiliegender Tabelle (Beilage 1) gesondert und übersichtlich darzustellen. Im Antrag selbst wäre jeweils die Gesamtsumme anzugeben.
- <sup>3)</sup> Die Verordnungen der Bezirkshauptmannschaften / des Bürgermeisters der Landeshauptstadt Innsbruck, aus denen sich allenfalls Entschädigungsansprüche ergeben können (vgl. Entschädigungstatbestände in § 32 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950), sind im Boten für Tirol (<https://www.tirol.gv.at/buergerservice/bote-fuer-tirol/>) veröffentlicht. Angegeben werden sollen das Datum der Ausgabe des Boten in Tirol, in der die Verordnung, auf die die Entschädigungsansprüche gestützt werden, veröffentlicht wurde und die Nummer der Verordnung.
- <sup>4)</sup> Im Falle von mehreren Unterstützungen bzw. Leistungen sind diese in beiliegender Tabelle (Beilage 2) gesondert dem Grund und der Höhe nach übersichtlich darzustellen.
- <sup>5)</sup> Die genannten Unterlagenerfordernisse für die Berechnung des Verdienstentganges von selbständig erwerbstätigen Personen ergeben sich aus einer Mitteilung des Bundesministeriums für Gesundheit und Frauen vom 27.12.2017; Änderungen der Vorgaben durch das zuständige Bundesministerium können die Vorlage weiterer Unterlagen erforderlich machen